

Bertram Schefold (Hrsg.):
 Exogenität und Endogenität,
 Metropolis-Verlag Marburg 2002,
 272 S. (39,80 €)

Hinter dem komplizierten wissenschaftlichen Titel verbirgt sich die einfache Frage, ob die Geldmenge autonom von der Zentralbank gesteuert wird oder aber von der Geldnachfrage der Volkswirtschaft abhängt. Ersterer Tatbestand wird mit dem Begriff der Exogenität, letzterer mit dem der Endogenität umschrieben. In der ökonomischen Lehrbuchliteratur wird seit Jahrzehnten nahezu einheitlich davon ausgegangen, daß die Geldmenge exogen sei, das heißt von der Zentralbank in einem autonomen Akt gesetzt wird. Selten herrschte in der ökonomischen Theorie so viel Konsens wie in dieser Frage, was sich insbesondere bei der Darstellung des Geldangebotsprozesses zeigt. Diese Position ist jedoch weder widerspruchsfrei, noch wird sie dem komplexen Prozeß der Steuerung der Geldmenge in einer modernen Volkswirtschaft gerecht. Es gibt deshalb seit längerem Versuche, das Problem von der entgegengesetzten Position aus, also unter Zurechnung eines *endogenen* Ansatzes, theoretisch in den Griff zu bekommen.

Die Spezifik des vorliegenden Buches besteht darin, Aufsätze von Geldtheoretikern, -historikern und -politikern zu vereinen, die sich mit der Frage der Endogenität des Geldes befassen und sich zu diesem Ansatz bekennen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Sammlung von Schriften zu einem ›alten Hut‹, den die moderne Wissenschaft längst beiseite gelegt hat. Auch wenn einige Beiträge auf den ersten Blick einen solchen Schluß zulassen, da sie sich ausschließlich mit historischen Debatten und mit der historischen Rezeption monetärer Theorien beschäftigen. Dies gilt insbesondere für den umfangreichen Text zur deutschen Geldtheorie im 19. Jahrhundert von Heinz Rieter (S. 13 ff.) und den imposanten Aufsatz zur Endogenität und Neutralität des Geldes von Erich W. Streissler (S. 65 ff.).

Um die Bedeutung der Frage nach der Exogenität oder Endogenität des Geldes in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen, bietet es sich an, das Buch von hinten beginnend zu lesen.

Der Aufsatz von Goodhart¹ am Schluß des Buches verdeutlicht nämlich in eindrucksvoller Klarheit das Dilemma der modernen Geldtheorie, indem er die heute vorherrschende Auffassung in den Wirtschaftswissenschaften mit den institutionellen Gegebenheiten der Gegenwart konfrontiert. Das Ergebnis ist für die Wissenschaft nicht weniger als katastrophal: Die von Zentralbankern bereits seit zwei Jahrzehnten ernsthaft in Frage gestellte autonome ›Setzung‹ der Zentralbankgeldmenge (Bargeld plus Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank) beziehungsweise der gesamten Geldmenge einer Volkswirtschaft wird in den Lehrbuchdarstellungen konsequent zugunsten einer exogenen Geldmengensteuerung durch die Zentralbank ignoriert. Erklärt im eigentlichen Sinne wird diese exogene Geldmenge dabei jedoch nicht, wenn man von Milton Friedmans Helikopter einmal absieht, der die Geldmenge über der Volkswirtschaft abwirft, was absurd ist und letztlich überhaupt nichts erklärt. Obwohl täglich darüber spekuliert wird, ob die Zentralbank einen Zinsschritt vornimmt, was einer Preissetzung für die Refinanzierung der Kreditinstitute gleichkommt, also einer endogenen Erklärung, wird dieser Vorgang in der einschlägigen Literatur in der Regel nicht abgebildet. Im Gegenteil, die Festlegung einer Zentralbankgeldmenge führt über einen beliebig komplexen Multiplikatorprozeß zur ›endogenen‹ Ausweitung der Geldmenge, bis die Kreditinstitute wegen der zu haltenden Reserven an ihre Grenzen stoßen und der Prozeß dadurch irgendwann sein Ende findet. Jeder Student der Ökonomie kennt dieses Modell. Es wird jedoch kaum von jemandem auf seine Plausibilität und Praktikabilität hin überprüft. Insbesondere wird die Refinanzierung der Kreditinstitute bei der Zentralbank *im nachhinein*, wie sie gang und gäbe ist, nicht genügend beachtet. Dieses theoretische Beharrungsvermögen hat dazu geführt, daß der traditionelle Multiplikatorprozeß an den Universitäten und Berufsschulen weiter gelehrt wird, obwohl seine Umkehrung – die Nachfragebestimmtheit der Geldmenge *und* der Zentralbankgeldmenge – seit den Experimenten der Deutschen Bundesbank in den 70er Jahren längst tagtägliche Wirklichkeit geworden ist. Deutlicher als in dem Aufsatz von Goodhart und dem Kommentar von Wolfgang

Gebauer dazu (S. 264 ff.) kann dieser Sachverhalt kaum dargestellt werden. Die Ausführungen dazu zum Beispiel von Helmut Schlesinger und Norbert Walter, als zwei kenntnisreiche Praktiker, unterstreichen dies noch.

Ausgehend von dieser Problemsicht, lesen sich die anderen Aufsätze des Bandes wie theoriehistorische Exkurse, was das Buch insgesamt zu einer lohnenswerten Lektüre für Wissenschaftler, Studierende, aber auch für Praktiker, macht. Anzumerken ist, daß der Band auf ein Symposium, welches im Oktober 2000 unter dem Motto »Geldtheorie und Geldpolitik in Deutschland« veranstaltet wurde, zurückgeht und als Festschrift zum 80. Geburtstag von Karl Häuser, dem Gründer des Instituts für Kapitalmarktforschung an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main, herausgebracht worden ist.

ULRIKE BUSCH

1 Charles Goodhart ist Professor an der renommierten London School of Economics und Mitglied des geldpolitischen Rates der Bank of England.

**Markus Trömmel:
Der verhaltene Gang in die
deutsche Einheit. Das Verhältnis
zwischen den Oppositionsgruppen
und der (SED) PDS
im letzten Jahr der DDR,
Peter Lang Verlag Frankfurt/M.
u. a. 2002, VIII, 328 S. (39,90 €)**

Am Abend des 18. März 1990 standen die Verlierer der ersten freien Volkskammerwahlen fest: Zum einen die PDS, die als Nachfolgepartei der SED von einem unzufriedenen Volk abgestraft wurde. Ihr Bemühen, den Übergang hin zu einer neuen politischen Ordnung friedlich zu gestalten, wurde trotz des allseits geachteten Premiers Modrow letztlich doch nicht gewürdigt. Allerdings war das Stimmresultat für die PDS ein erstaunlicher Achtungserfolg in einer Atmosphäre der Generalabrechnung mit jeglichen Sozialismusideen. Zum anderen verloren die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989, die nicht unter die Fittiche starker Westpartner geflüchtet waren, sondern als Opposi-

tion auch gegen die sich abzeichnende neue Ordnung eines alsbald vereinten Deutschlands antraten. Beide Kräfte verband das Festhalten an jenen Positionen, die 1989 Bürger dazu brachte, sich politisch zu engagieren. Obwohl ihre Ansätze unterschiedlich waren, wollten viele in den neuen Bürgerbewegungen wie im kritischen Teil der SED-Basis eine erneuerte DDR. Eine antistalinistische, demokratische, nichtsdestotrotz sozialistische, souveräne DDR sollte es sein. Das Überstülpen westdeutscher, kapitalistischer, rein parlamentarisch-demokratisch organisierter Strukturen wurde vehement abgelehnt.

Trömmel stellt sich angesichts dieser scheinbar doch so ähnlichen Interessenlagen in jener »historischen Sekunde« eines möglichen Neuanfangs für die DDR der berechtigten Frage, warum diese beiden DDR-internen Hauptakteure letztlich nicht zusammenfanden und so keinen anderen Wege zur deutschen Einheit eröffnen konnten. Er nähert sich diesem Problem in seiner an der Universität Bonn verteidigten Dissertation und hat dazu umfangreiche Literatur, Archivadokumente und eine Reihe Interviews mit Zeitzeugen ausgewertet. Herausgekommen ist eine lesenswerte zeithistorische Studie, die sich dem Handeln der damaligen politischen Akteure und ihren programmatischen Aussagen in einer weitgehend durchgehaltenen historisch konkreten Betrachtung zuwendet.

Ausgehend von der Initialfunktion der Reformen Gorbatschows, entwickelt er die Formierung der Oppositionsgruppen, die zu Bürgerbewegungen wurden. Im Unterschied zu gängigen Darstellungen beachtet er auch die Auseinandersetzungen innerhalb der SED, die schließlich zum wachsenden Einfluß des Reformflügels in dieser Partei führten. Leider verkürzt auch er die Prozesse in der SED, übersieht die deutlich ablesbaren Stimmungsumschwünge, die überhaupt erst Reformdiskussionen in ihren Reihen ermöglichten und konzentriert sich zu sehr allein auf das sicher dominierende »Sozialismus-Projekt« der Humboldt-Universität. Während die fehlgehenden Reformbemühungen der alten Politbüromitglieder, insbesondere von Krenz, durchaus angemessen gewürdigt werden, bleiben andere Denkversuche (so an der Leipziger Uni oder der ZK-Akademie für Gesellschaftswissen-

schaften) ausgeblendet. Vor allem geht der praktische Ansatz Modrows als Ministerpräsident mit dem durch seine Regierung ab November 1989 eingeleiteten Programm verloren, obschon die von ihm in Gang gesetzten Maßnahmen genauso wie die dominierenden Zerfallstendenzen der politischen Macht wesentlich die begrenzte Ausstrahlungskraft eines alsbald von der SED/PDS nur noch im Nachtrab formulierten 3. Weges ausmachten.

Berechtigt verweist Trömmer auf die programmatischen Gemeinsamkeiten der Bürgerbewegungen und der SED-Reformer beziehungsweise der sich neu formierenden, aber doch noch alten SED/PDS. Basisdemokratische Konzepte, vage Vorstellungen von einer sozialen oder sozialistischen oder ökologischen Marktwirtschaft, die weitgehende oder vollständige Entmilitarisierung Deutschlands und die langfristige Gestaltung einer schließlich doch als unvermeidlich angesehenen deutschen Einheit verbanden beide Seiten. Zugleich geht er auf die ersten zaghaften Dialogversuche der neuen SED-Führung nach Honeckers Sturz, aber auch der SED-Reformer mit den neuen Kräften ein. Vor allem ist ihm die institutionalisierte Zusammenarbeit am Zentralen Runden Tisch mit den auch konfrontativen Elementen beim Streit um das MFS/AFNS wichtig. Er stellt den Verfassungsentwurf des Runden Tisches, die Regierung der Nationalen Verantwortung, das Ringen um die Sozialcharta und das gemeinsame Agieren beim Modrow-Besuch in Bonn im Februar 1990 heraus. In allen diesen zunehmend gegen die Massenstimmungen und die westdeutschen Aktivitäten gerichteten politischen Schritten wurde verzweifelt versucht, von der DDR zumindest die soziale Sicherheit und die neu gewonnene basisdemokratische Erfahrung in das vereinte Deutschland hinüberzuereten.

Weitere Themen des nahezu chronologisch aufgebauten Buches sind die Situation vor der Volkskammerwahl, die partiell gemeinsame Oppositionspolitik gegen die de-Maizière-Regierung und die deutliche Annäherung von Teilen der Bürgerbewegungen und PDS-Politikern im Vorfeld der ersten gesamtdeutschen Wahlen, die kurzzeitig gar zu Überlegungen einer Wahlpartei »Die Opposition« mit gemeinsamen Kandidaturen führte. In den abschließenden Teilen widmet sich Trömmer dem weiteren

Schicksal der untersuchten Akteure, arbeitet die Versuche des Anknüpfens an die Ideale von 1989 heraus. Er entdeckt sie insbesondere im »Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder« (1990), den »Komitees für Gerechtigkeit« (1992), in verschiedenen partiellen Bürgerbewegungen und neuen Runden Tischen in den ostdeutschen Bundesländern. Das eigentliche Problem für das Scheitern eines Zusammengehens beider politischen Linien gründet sich im festsitzenden Mißtrauen gegeneinander und dem gegenseitigen Verantwortlichmachen (zumindest bei einem Teil der Akteure und Mitglieder) für die entstandene Misere. Während die Bürgerbewegten sich eher als Mahner und Kritiker sahen, nicht als politische Macht anstrebende Kräfte, begriffen sich die SED-Reformer als bislang in ihrer Partei nicht beachtete politische Akteure, die endlich selbst gestalten wollten. Notwendigerweise mußte die Stellung beider Akteure zur SED, generell zu Parteien unterschiedlich ausfallen. Während die einen sie durchaus missen mochten, sahen die anderen – obschon sie auf's Avantgardekonzept verzichteten – sie als unersetzbar. Die Auseinandersetzungen 1990 um die schleppende Erneuerung der SED/PDS beziehungsweise PDS bestätigte für viele Bürgerbewegte und auch für Teile der SED-Reformer die scheinbare Unmöglichkeit des Umbaus dieser Partei. Die Zwänge des übergestülpten westdeutschen Systems zeigten schnell, daß Parteien unverzichtbar sind und selbst eine solche mühselige Veranstaltung wie die PDS ihre Daseinsberechtigung besitzt.

Während die Bürgerbewegungen endgültig zerfaserten und nicht wenige Akteure ihren Platz in anderen Parteien fanden, obschon die Mehrzahl der großen Politik den Rücken kehrte, blieb die PDS eigenständiger Akteur. Sie steht von ihrem Selbstverständnis her vor der Aufgabe, das gemeinsame Erbe jener DDR-kritischen Kräfte aufzunehmen und zu vereinen, das sich gegen eine entfremdete, demokratiearme Politik ebenso wendet wie gegen eine Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, die den Blick für die Objekte ihres Begehrens verliert und verhindert, daß sie Subjekte sozialen Handelns sind. Und die schließlich jene Erfahrung von einer friedlichen Austragung innerer wie zwischenstaatlicher Konflikte auch in Zeiten der Remilitarisierung der Außenpolitik bewahren muß.

STEFAN BOLLINGER

Jens-F. Dwars,
Mathias Günther (Hrsg.):
Das braune Herz Deutschlands? –
Rechtsextremismus in Thüringen,
quer-Verlag & Vertrieb Jena 2001,
207 S. (7,60 €)

Die Literaturrecherche zum Thema »Rechtsextremismus in Deutschland« fällt nicht schwer. Besonders in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurde der Buchmarkt mit entsprechenden Texten geradezu überschwemmt. Schwierig wird es, aus dieser geballten »Aufklärung der Anständigen« geeignete Literatur herauszufiltern, die nicht nur fachlich fundiert, sondern auch übersichtlich ist. Als durchweg positives Beispiel sei Jens Mecklenburgs »Handbuch Deutscher Rechtsextremismus« genannt. Noch schwieriger wird es, wenn man sich die konkrete Untersuchung des Phänomens Rechtsextremismus in einem Bundesland vornimmt. Hier geben die bundesweit angelegten Werke nur unzureichend landesspezifische Informationen. Oft bleibt einem nichts anderes übrig, als sich von den Broschüren einzelner Antifa-Gruppen ein Bild zusammenzupuzzeln. Dieses Manko zumindest für Thüringen zu beseitigen und somit vielleicht den Stein auch in anderen Bundesländern ins Rollen zu bringen, haben sich Jens-F. Dwars und Mathias Günther auf ihr schwarz-weiß-rotes Buchcover geschrieben. Doch puzzeln ist ein schwierig Ding.

Viele hatten dem Verfassungsschutz, offenbar zu Recht, einige krumme Dinger zuge-
traut, aber das, was im Frühsommer 2001 von regionalen Zeitungen in Thüringen aufgedeckt wurde, verschlug auch jenen die Sprache. Die Rede ist von den Verstrickungen des Amtes für Verfassungsschutz in Thüringen mit der militanten Neonazi-Szene und das jahrelange »Sponsoring« von Kadern wie Thomas Diemel und Tino Brandt. Ausgehend von diesem Skandal, versuchen Dwars und Günther auf zweihundert Seiten anhand von Aufsätzen verschiedener Autoren zum einen ein Bild der rechtsextremen Szene in Thüringen zu zeichnen und zum anderen die Frage nach traditionellen gesellschaftlichen Verbindungen zwischen bürgerlich-konservativen und extremistischen

Kräften in Deutschlands Mitte zu beantworten. »Das braune Herz Deutschlands?« stellt die Frage, warum es gerade in dem eigentlich »grünen Herzen Deutschlands« (S. 8) zu solch gefestigten rechtsextremen Strukturen kommen kann.

Vornweg gibt der thüringische Bundestagsabgeordnete Carsten Hübner eine Bestandsaufnahme der neonazistischen Szene. Darin attestiert er nicht nur dem Landesamt für Verfassungsschutz Versagen in Hinblick auf die Analyse der realen Verhältnisse sowie die wirksame Bekämpfung der sich deutlich abzeichnenden Tendenzen. Er stellt auch Thüringen als ein Land mit festem Platz in der Oberliga der rechtsextremen Statistiken vor. So lag Thüringen im Jahr 2000 mit 92 rechtsextremen Gewalttaten bundesweit auf Platz 4 und somit noch vor allen anderen neuen Bundesländern. Bei der Anzahl der rechtsextremen Straftaten (im Jahr 2000 immerhin 1846) pro 100 000 Einwohner steht Thüringen mit 3,74 an einsamer Spitze aller Bundesländer (S. 16). Besonders kenntnisreich ist die Darstellung der NPD-Strukturen sowie der personellen Verstrickung der Partei mit militanten Neonazi-Strukturen. Sehr detailliert und anhand von vielen Personenbeispielen gelingt Hübner auch die Beschreibung des militanten Spektrums wie dem »Thüringer Heimatschutz« (THS) oder des »Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen« (NSAW). So war beispielsweise der enttarnte V-Mann Tino Brandt gleichzeitig Cheforganisator des THS und stellvertretender NPD-Landesvorsitzender, der stellvertretende JN-Landesvorsitzende Patrick Wieschke zugleich Kader des NSAW. Hier wird schon angedeutet, wohin die Fragestellung des Buches zielt: die Aufdeckung der starken Vernetzung innerhalb der rechten Szene. Leider bleibt es in dem Beitrag von Hübner bei dieser Andeutung. Auch die Analyse der anderen rechten Parteien fällt sehr kurz aus, zu kurz, um die Frage nach der besonderen Stellung des rechtsextremen Lagers Thüringens erschöpfend zu klären. So wird lediglich auf das schwache Abschneiden von DVU und REP bei den letzten Wahlen verwiesen. Aufgrund des fehlenden analytischen Teils verliert der gute beschreibende Abschnitt an Wirkung. Der Leser wird mit dem Wissen über den Ist-Zustand allein gelassen.

Der Bestandsaufnahme folgt im zweiten, deutlich längeren Abschnitt ein geschichtlicher Abriss über die rechten Strömungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Thüringen. So schreibt Manfred Weißbecker über die NSDAP in Thüringen, Ludwig Elm über studentische Korporationen, Justus H. Ulbricht widmet sich dem »völkischen Netzwerk« zwischen 1900 und 1933 und Jens-F. Dwars untersucht die Ungleichbehandlung rechter und linker Gewalt während der Weimarer Republik. In diesem Teil hat das Buch eindeutig seine Stärken. Sehr detailliert, fakten- und quellenreich, aber in einem dennoch leicht zu lesenden epischen Stil, erfährt man hier, leider in mißlungener Reihenfolge, von der Entwicklung völkischer Vereine wie dem »Deutschbund« hin zum »Mustergau Deutschlands« (S. 61). Nicht umsonst hielt die NSDAP in Thüringen im Jahr 1926 ihren Wiedergründungsparteitag ab und auch nicht von ungefähr gingen die bürgerlichen Parteien nach der Pattsituation mit den Arbeiterparteien im thüringischen Landtag 1929 ohne Zögern die erste Koalition mit der NSDAP in der Weimarer Republik ein. Ebenso verdeutlicht das »vorbildlich« fanatische Verhalten der Bevölkerung, sei es bei der übereifrigen Arisierung von jüdischem Eigentum oder die Begeisterung bei Großaufmärschen, die besondere Gesinnung Thüringens. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg war Thüringen einer der Ausgangspunkte für eine »neudeutsche Kultur« und diverser völkischer Bewegungen, was Elm am Beispiel der studentischen Korporationen verdeutlicht. Mit der Schilderung der Verbindungen zwischen militanten Gruppierungen wie dem THS zu der Burschenschaft »Jenensia« schlägt er auch den Bogen zur heutigen Zeit. Leider kommt dieser Teil viel zu kurz, wäre er doch nicht nur ein äußerst interessanter Puzzleteil, sondern auch für die Fragestellung des Buches ein wichtiger Aspekt. Aus einem etwas größeren Blickwinkel betrachtet Justus H. Ulbricht diese Zeit zwischen dem 1. Weltkrieg und der Machtergreifung der Nazis. Er führt mit der Beschreibung der Verflechtungen zwischen Kirche und völkischen, später nationalsozialistischen Institutionen einen ungewöhnlichen, aber sehr aufschlußreichen Teil bei der Betrachtung rechter Netzwerke an. Ebenso informativ, weil faktenreich schreibt

Dwars über die Morde an Rechten und Linken während der Weimarer Republik, über deren ungleiche gerichtliche Behandlung sowie über den oft fragwürdigen Einsatz von Reichswehr und Corps. Sein Aufsatz hat allerdings ein Manko: Er bindet sich thematisch nicht ganz in den Kanon der anderen Aufsätze und die Stoßrichtung des Buches ein. Er bringt zwar Beispiele aus Thüringen, betrachtet allerdings das gesamte Gebiet der Republik. Dieses Manko mindert in keinem Fall den Wert seines Aufsatzes, zeigt er doch, was die Folgen von rechten Netzwerken gerade in Verbindung mit Armee und Justiz bewirken können. Nur verdeutlicht er diese Netzwerke nicht speziell für Thüringen.

Volkmar Wölk identifiziert sich mit seinem Aufsatz »Herzfehler Braunfäule« als exzellenter Puzzler. In der Art seiner leider nur 15 Seiten umfassenden Abhandlung hätte man sich einen größeren Teil des Buches gewünscht. Er zeigt an vielen Beispielen die Verstrickung von extremen Rechten mit bürgerlich-konservativen Elementen, seien es die »Deutsche Hochschulgilde«, das Institut für Staatspolitik oder einzelne CDU-Mitglieder. Ebenso beleuchtet Wölk aber auch die rechtsäugige Blindheit der thüringischen Landesinstitutionen bis hoch zu den »Zweitbeschäftigten« des Ministerpräsidenten Vogel. Glücklicherweise beschränkt sich Wölk nicht nur auf die Beschreibung eben dieser Verbindungen, sondern er stellt im Anschluß auch die richtigen Fragen. So beispielsweise nach dem objektiven Nutzen des Verfassungsschutzes oder warum für den Verbotsantrag der NPD gerade aus Thüringen, dem Land mit zwei hochrangigen V-Leuten, so gut wie keine Informationen kamen. Abgerundet wird dieser sehr lesenswerte Artikel mit der Schlußfolgerung nach der »vorzeitigen Verrentung der Landesregierung« (S. 197).

Die Frage aber, ob Thüringen das braune Herz Deutschlands ist, wird von dem Buch nicht beantwortet, auch wenn die Autoren im Schlußwort genau dies versuchen. Doch leider ergibt sich eben kein komplettes Puzzle. Für die Zeit von 1900 bis 1945 wird der Leser bestens über das Zusammenspiel rechter Kräfte informiert, so daß man die Schlußfolgerung ziehen kann, es war das braune Herz Deutschlands. Leider verpassen es die Herausgeber,

diese aufgezeigten Netzwerke in die heutige Zeit zu übertragen und das Wirken alter Seilschaften aufzuzeigen. Dies gelingt nur im letzten Aufsatz. Was die heutige Zeit angeht, so wird der Leser zwar umfassend über die Situation des rechtsextremen Lagers informiert. Zu lagerübergreifenden Kooperationen, die eine besondere Stellung Thüringens begründen würden, wird aber kaum etwas gesagt. Das Buch ist in jedem Fall informativ und lesenswert, aber Puzzles, in denen Teile fehlen, hängt man sich nicht an die Wand.

PEER JÜRGENS

Erik Borg:
Projekt Globalisierung: Soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie,
 Verlag Offizin Hannover 2001,
 146 S. (9,40 €)

Das Anliegen des Buches ist, kritische Analysen der Globalisierung und hieraus entwickelte Perspektiven widerständiger Politik ihrerseits einer Kritik zu unterziehen. Dafür werden in sorgfältiger Textanalyse und Begriffsarbeit häufig gelesene theoretische Ansätze daraufhin problematisiert, ob in ihnen von einem einfachen dichotomen Verhältnis von (Welt)markt und (National)staat ausgegangen wird, beziehungsweise ob die Veränderung hegemonialer politischer Regulierung bloß funktional aus den Veränderungen ökonomischer Verhältnisse abgeleitet wird. Borg betont, daß eine solche Herangehensweise einen »erheblichen theoretischen Reduktionismus darstellt, welcher ein tiefgreifendes Verständnis der Globalisierungsprozesse erschwert« (S. 13).

Zunächst werden drei Hauptaspekte zusammengefaßt, die in gängiger globalisierungskritischer Literatur für den Kompetenzverlust nationalstaatlich verfaßter Politik verantwortlich gemacht werden (Macht transnationaler Konzerne; Integration zu *einem* Weltmarkt; Verselbständigung der Finanzmärkte). Diese Zusammenhänge werden als sachlich richtig vorgeführt. Zugleich arbeitet der Autor einen verengten Politikbegriff heraus, auf dessen Basis solche Analysen als ein Niedergang der

Politik und ihre Verdrängung durch den Markt gedeutet werden. Hinsichtlich des fordistischen Staates stellt Borg fest, daß die Mär vom vergangenen »Primat der Politik« insofern korrigiert werden müßte, als der Staat auch hier nur auf der Basis historisch spezifisch günstiger Bedingungen erfolgreich intervenieren konnte (S. 25). Ebenso betont er, daß »Politik im Sinne bewußten, gesellschaftlich orientierten Handelns sozialer Kräfte« (S. 26) auch in den gegenwärtigen Verhältnissen stattfindet, teilweise jedoch außerhalb verfassungsmäßiger Institutionen. Ein solch erweiterter Politikbegriff wird fortgeführt in der Unterscheidung der Termini »Regulierung« (für staatlich-institutionelles Handeln) und »Regulation« (Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und Normen) (S. 52). Erst, wenn man von solch einem Politikbegriff ausgehe, könne man den »Prozeß der ›Vermarktwirtschaftlichung‹ sozialer Beziehungen und politischer Zusammenhänge« begreifen (S. 27). Borg erläutert und vertieft dies am Beispiel der Globalisierungskritik von Altvater/Mahnkopf. Deren Benutzung der Begriffe der unterschiedlichen »Funktionsräume«, in welche die Gesellschaft aufgeteilt sei (S. 31 ff.), und der »Entbettung« der Ökonomie führe dazu, daß Gesellschaft und Politik einerseits und die Sphäre des Ökonomischen andererseits als deutlich zu unterscheidende Räume betrachtet werden. Während erstere als »territorial umgrenzte Horte sozialen Handelns« begriffen würden, tauchen letztere als eine hierzu gegensätzliche »anonyme, objektiv wirksame Sphäre« (S. 39) auf. Weshalb Borg die Zurückweisung einer solchen Denkweise für dringend notwendig hält, verdeutlicht er an IWF und Weltbank: Diese würden bei Altvater/Mahnkopf einfach »der Wirtschaft« zugerechnet, ihr Wirken als Bedrohung von Politik gefaßt. Für kritisches Denken und Handeln aber sei die Frage notwendig, welche gesellschaftlich-politischen Verhältnisse es ermöglichen, daß die supranationalen Organisationen weitgehend unbehelligt von demokratischen Legitimationsnöten handeln. Eine solche allgemeine Akzeptanz des Marktes als Regulationsmechanismus sei nicht einfach eine überhistorische Konstante, sondern Ergebnis einer herrschenden »diskursiven Formation« (S. 41). Erst durch seine hegemoniale Verankerung in die Gesellschaft

entstehe der Weltmarkt als Sachzwang. Die konkrete Erläuterung einer solchen Herangehensweise bleibt im weiteren Hauptanliegen des Buches. Ausgangspunkt für Borgs Auseinandersetzung mit der Regulationstheorie sind Ambivalenzen in den theoretischen Analysen von Joachim Hirsch als einem ihrer wesentlichen Vertreter. Borg argumentiert mit Hirsch gegen Hirsch, um ein Verständnis von Globalisierung zurückzuweisen, in dem diese als politische Strategie bestimmter Subjekte begriffen wird beziehungsweise als ein »Mittel«, womit der spezifische »Zweck« verfolgt wird, eine neue politische Formation herzustellen (S. 61 f.). Bei einer solchen Lesart der Globalisierung würden Deregulierungs- und Liberalisierungspolitiken als ihr Ursprung begriffen. Nicht wahrzunehmen wäre so die Verwurzelung dieser Politiken in den erodierenden fordistischen Kräfteverhältnissen, die eine Einbeziehung von Teilen der Lohnabhängigen in den neoliberalen Umbau aber erst ermöglichen. Borg arbeitet mit Bezug auf andere Vertreter der Regulationstheorie und teilweise auf Hirschs eigene hegemonietheoretische Ausführungen heraus, daß die politischen Dimensionen der Globalisierung besser zu begreifen sind, wenn anstelle des Begriffs »Strategie« »Artikulation« gesetzt (S. 72) und Globalisierung als »hegemoniales Projekt« (S. 70) gefaßt werde. Bei einer solchen Herangehensweise könne Globalisierung als eine »Pluralität von zum Teil widersprüchlichen Strategien« analysiert werden, wobei konkurrierende und gegensätzliche Zielsetzungen auch innerhalb einzelner sozialer Klassen existieren. Mit Rückgriff auf Gramsci und Stuart Hall wird in diesem Sinne der Begriff »Hegemonie« erläutert. Borg zeigt, daß die Herausbildung einer neuen Hegemonie nur dann nachvollzogen werden kann, wenn auch danach gefragt wird, wie sie in den gesellschaftlich dominanten Bewußtseinsformen, Alltagspraxen und -gewohnheiten verankert ist beziehungsweise in diesen arbeitet und hier alte Selbstverständlichkeiten mit neuen Deutungsmustern verbindet. Er wendet sich zudem gegen einen in der Regulationstheorie vorherrschenden Hegemoniebegriff, bei dem dieser weitgehend vom Standpunkt stabiler sozialer Verhältnisse konzeptualisiert wird (S. 88 ff.). Auf diese Weise würde Hegemonie bloß als stabilitätsgarantie-

render »Kitt« gefaßt, der *nach* einer gesellschaftlich krisenhaften Phase relevant wird. Borg besteht stattdessen darauf, daß Hegemonie immer zugleich Ort und Gegenstand sozialer Kämpfe sei. Er schlägt vor, die Frage, ob Hegemonie bestehe oder nicht, daran festzumachen, »ob sich ein dominanter Praxis-Wissen-Komplex identifizieren läßt, der die Prozesse des konfliktuellen Wandels in eine bestimmte Richtung zu lenken vermag, welche bestimmte Akkumulations- und Regulationspraktiken gegenüber anderen begünstigt« (S. 90). Für die Analyse der Globalisierung ist dies insofern von Bedeutung, als davon auszugehen ist, daß es hier kaum zu einer Stabilisierung im fordistischen Sinne kommen werde. Leitvorstellungen von Flexibilisierung und Mobilität deuten vielmehr auf einen dynamischeren Vergesellschaftungszusammenhang hin. Borgs Eingriff gegen die Stabilitätsfixierung ist hier nützlich, um innerhalb solch dauerhaft dynamischer Verhältnisse deren herrschaftlichen Charakter zu verdeutlichen.

Anschließend setzt sich Borg mit der neogramscianischen Schule der »International Political Economy« (IPE) auseinander. Als deren wesentliches Erkenntnisobjekt bezeichnet er die Strukturen internationaler Akteursnetzwerke und deren Bedeutung für die Universalisierung bestimmter Diskurse und Politikmuster. Hierbei werde der »Übertragungsprozeß von der Globalisierung der Akkumulationsprozesse auf die Parameter politischen Denkens und Handelns« als ein Ergebnis der Artikulation strukturell-materieller und ideologisch-strategischer Aspekte analysiert (S. 104). Von der Herangehensweise her entspricht dies Borgs Anliegen der Analyse der Globalisierung als hegemonialem Projekt. Borg zeigt, daß die von den Autoren der IPE als Akteure eines transnationalen historischen Blocks, der sich um die Hegemonie neoliberaler Denkmuster bemüht, die »transnationale Managerklasse« mit ihren Knotenpunkten wie internationale Foren, *Think Tanks* und supranationalen Organisationen wie die Weltbank analysiert werden. Durch deren Aktivitäten werden nationale Wohlfahrtskompromisse ausgehebelt und in den Nationalstaaten jene Institutionen gestärkt, die wesentlich sind für die Anpassung der nationalen an die internationale Wirtschaftspolitik. Durch solche Erkenntnisse der

IPE werde zwar verdeutlicht, daß neoliberale Globalisierung nicht funktionalistisch aus der Veränderung weltökonomischer Bedingungen abzuleiten sei. Letztere bilden vielmehr eine Grundlage, auf welcher diejenigen sozialen Kräfte, die an neoliberalen Politiken interessiert sind, in Diskursen darum ringen, ihre Perspektiven als plausibel und selbstverständlich durchzusetzen. Die Defizite dieses Ansatzes sieht Borg aber darin, daß nahezu ausschließlich die Stellung der transnationalen Managerklasse thematisiert wird. Eine solche Herangehensweise vermittelt den Eindruck, als würde es sich bei der Durchsetzung neoliberaler Globalisierung vor allem um ein von oben durchgesetztes Projekt handeln. Zwar läßt sich eine solche »analytische Einseitigkeit« (S. 117), wie Borg klarstellt, teilweise als sachlich angemessen begründen, da durch postfordistische Produktionskonzepte die Lohnabhängigen in eine Vielzahl von Gruppen mit unterschiedlichen Interessenlagen und Handlungsmöglichkeiten gespalten werden. Borg weist jedoch Analysen zurück, die diesen Prozeß einfach als einen rein ökonomischen verstehen, auf dessen Basis sich die Grundlage für Kämpfe um Hegemonie verändert hat. Wenn heute »zivilgesellschaftliche Nahzusammenhänge« (S. 120) wie etwa die betrieblichen Strukturen zu Arenen der Kämpfe um Hegemonie geworden seien, so müßte diese Verschiebung des Gefüges politischer Auseinandersetzung an sich als hegemoniebildender Prozeß analysiert werden und nicht als dessen (neue) Voraussetzung. Zuletzt widmet sich Borg der Frage, welche Konsequenzen daraus für eine linke Politik folgen. Er faßt zusammen, daß der Staat als »Kreuzungspunkt von Kräfteverhältnissen« zu begreifen sei, dessen Handlungsfähigkeit immer auch abhängt von der ihn tragenden sozialen und hegemonialen Basis. Insofern könne es nicht um ein Wackrütteln des Staates gehen und ebensowenig um die bloße Forderung danach, daß die Weltökonomie überhaupt wieder politisch reguliert werden solle. Vielmehr müsse nach den notwendigen sozialen Kräfteverhältnissen gefragt werden, die es ermöglichen, bestimmte Qualitäten und Inhalte von Politik umzusetzen. Dabei muß auch linke Politik auf dem Feld von Alltagsbewußtsein und Selbstverständlichkeiten arbeiten in dem Sinne, daß hier An-

knüpfungspunkte gesucht werden für gegenhegemoniale Diskurse.

Das Buch zeichnet sich dadurch aus, daß der Autor seine Hauptthese und die daraus folgende notwendige Kritik an den vorgeführten theoretischen Ansätzen überaus verständlich vermittelt. Klar herausgearbeitet werden die Bedeutungen einzelner Begriffe, um auf diese Weise einen Analyserahmen für Globalisierungsprozesse zu schaffen, der die Voraussetzung für kritisches Eingreifen sein kann. Bisweilen mag es bei den Lesern Unruhe erzeugen, daß es der Autor bei einer Kritik der zur Analyse benutzten Begriffe beläßt und nicht selber mit seinem erweiterten Politik- und Hegemoniebegriff zur Tat schreitet. Gleichwohl stellt das Buch gerade durch diese ausführliche Arbeit am analytischen Werkzeugkasten einen wertvollen Beitrag zur (Weiter)Entwicklung eingreifender Denk- und Handlungsweisen in aktuelle globale Umwälzungen dar.

IRIS NOWAK

Wilhelm Hinrichs,
Eckhard Priller (Hrsg.):
Handeln im Wandel.
Akteurskonstellationen in der
Transformation, Edition Sigma
Berlin 2001, 327 S. (19,90 €)

Der Anlaß für vorliegende Publikation war der 65. Geburtstag von Horst Berger und ein dazu im Mai 1999 am WZB durchgeführtes Kolloquium. Herausgekommen ist aber wesentlich mehr, nämlich ein umfängliches und facettenreiches Werk über Akteure und Akteurskonstellationen im Transformationsprozeß. Eingangs setzen sich Hinrichs und Priller mit der These auseinander, die Ostdeutschen seien lediglich Objekte und distanzierte Beobachter des Wandlungsprozesses. Im Unterschied dazu wird hier sodann aber ein »Handlungsansatz« vertreten, der es erlaubt, die Handlungspotentiale, -chancen und -kompetenzen der Ostdeutschen zu identifizieren und in den Mittelpunkt transformationsbezogener Überlegungen zu rücken. Inwieweit dadurch bereits der holistische Erklärungsansatz relativiert

oder gar widerlegt wird, bleibt jedoch offen. Sehr prononciert setzen sich die Autoren mit der Sozialisationshypothese auseinander, wonach die vermeintliche Inaktivität und Passivität der Ostdeutschen sozialisations- und systembedingt sei und mithin auf die DDR-Diktatur zurückgeführt werden könne. Der hierin zum Ausdruck kommende Schematismus läßt einen differenzierten Blick auf die Akteure nicht zu, was zu der inzwischen allenthalben beklagten unbefriedigenden Situation in der Transformationsforschung geführt hat. So hat die intensive empirische Durchleuchtung der Ostdeutschen zwar umfangreiche Beschreibungen ihres Verhaltens geliefert, aber keine hinreichenden Erklärungen. Dies provoziert die Frage, ob die Ursachen für dieses »unbefriedigende Ergebnis« nicht »in der Transformationsforschung selbst« zu suchen sind (S. 11), insbesondere in ihren Ausgangsthesen und Methoden. So hat die Vernachlässigung des Handlungsaspektes in der Transformationsforschung in der Vergangenheit zu erheblichen Fehlurteilen und Irrtümern geführt. Indem die Autoren diese auflisten, gerät ihnen ihr theoretischer Einstieg zugleich zu einer Abrechnung mit der politiknahen Transformationsforschung westdeutscher Provenienz. Ihre Aufgabe sehen sie »heute mehr denn je« darin, »einen kritischen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zur Erklärung sozialen Wandels« zu entwickeln. Ihrem handlungssoziologischen Ansatz weisen sie dabei eine Schlüsselposition zu (S. 19).

Neben dem Einleitungsaufsatz und den Ausführungen zur Person und Leistung Horst Bergers umfaßt der Band elf Texte, unter anderem von Gunnar Winkler, Hansgünter Meyer, Toni Hahn, Annett Schultz und Michal Illner. Diese enthalten bemerkenswerte Analysen, aber auch Polemik und mitunter Strittiges. So zeigt Winkler zum Beispiel, daß nur 25 Prozent der Ostdeutschen, vor allem Besserverdienende und Beamte, ihre »individuelle Gesamtentwicklung« seit 1990 als »sozialen Aufstieg« werten (S. 44)! Meyer kritisiert den Transformationsbegriff als für den ostdeutschen Fall »nicht stimmig«, da es sich hier weitgehend um eine »Umstülpung« beziehungsweise »Überstülpung« gehandelt habe, nicht aber um ein »Sich-Transformieren« der DDR-Gesellschaft, womit er recht hat (S. 51). Der

Autor unterzieht die Soziologie der Gegenwart einer scharfen Kritik, insbesondere ihre Reduktion auf »Sprache, Methodik und Verfahrensdiskurse«: »Das Fach hat keinen Gegenstand mehr, ... schon gar kein historisch konkretes Makro-Objekt sozialer Ganzheiten. Soziologie ist reduziert auf ›Handlungen‹, ›Handlungswirkungen‹ und ›Handlungsbedingungen‹« (S. 67) et cetera. Zur Überwindung dieses akuten Erklärungs- und Methoden-defizits bei der Interpretation empirisch gewonnener Mikrodaten empfiehlt er, auf Erklärungsmuster der Entwicklungstheorie zurückzugreifen. Dies führt jedoch im Falle Ostdeutschlands zu dem pessimistischen Befund, daß es weder kurz- noch langfristig eine Annäherung an westdeutsche Standards geben wird (S. 76 f.). Vielmehr gilt es, sich auf eine Mezzogiorno-Perspektive einzurichten, eine Sicht, die inzwischen auch von vielen Ökonomen geteilt wird.

Ein anderer interessanter Aufsatz ist der von Hahn, welcher die Handlungsspielräume ostdeutscher Arbeitsloser zum Gegenstand hat. Hier wird herausgearbeitet, daß die Chancen auf eine erneute Teilnahme am Erwerbsleben für die meisten Arbeitslosen angesichts des anhaltenden Arbeitsplatzdefizits faktisch gegen Null gehen. Bemerkenswert ist auch, daß die Schlußfolgerungen dieses Beitrages so ziemlich alle konträr zu den sonst zu diesem Thema zu lesenden Aussagen stehen (S. 111 ff.). Die Autorin operiert dabei allerdings mit einem Arbeitsbegriff (Arbeit als »knappes Gut«), der weder theoretisch nachvollziehbar ist noch begründet. Nicht nur, daß hier offenbar »Arbeit« mit »Arbeitsplatz« verwechselt wird; aus tauschökonomischer Sicht ist auch nicht einzusehen, warum statt »Ware« jetzt der neoklassische Terminus »Gut« Verwendung findet.

Ein Abschnitt des Buches beschäftigt sich mit den Entfaltungsmöglichkeiten von Organisationen und privaten Haushalten im Transformationsprozeß. Priller stellt hier in bezug auf den dritten Sektor die weitgehende Angleichung an westdeutsche Muster fest, betont aber zugleich, daß insbesondere das Vereinswesen sowie die Initiativ- und Projektszene in den neuen Bundesländern »in wesentlichen Bestandteilen ›Eigenwuchs‹ und damit ein selbständiges Produkt der ostdeutschen Gesellschaft« (S. 193) seien. Quasi als Lösung

für die von Hahn beschriebene ausweglose Situation zeigt er, daß die Organisationen des »dritten Sektors« (nicht zu verwechseln mit dem tertiären Sektor der Ökonomie), welche außerhalb von Staat und Markt existieren und nach dem »Nonprofit-Prinzip« funktionieren, für viele ostdeutsche Arbeitslose ein neues Wirkung- und Betätigungsfeld darstellen (S. 195). Daran an schließt sich ein lesenswerter Beitrag von Schultz, welcher das Management ostdeutscher Privathaushalte »zwischen Arbeitsmarktkrise und Transferabhängigkeit« thematisiert. Obwohl insgesamt durchaus interessant, weist dieser Beitrag doch bestimmte Auslassungen und Fehler auf. So fehlt beispielsweise auf S. 204 f. ein Hinweis auf die mit den Finanztransfers untrennbar verbundenen Realtransfers, wodurch die gesamte Darstellung einseitig wird und in den Wirkungen nicht nachvollziehbar. Auch ist der Text nicht frei von Euphemismen, zum Beispiel, wenn die Autorin davon spricht, daß durch die Sozialtransfers im Osten »Chancengleichheit und Stuserhalt« (S. 207) weitgehend realisiert würden. (Vgl. Hahn!) Falsch ist es, die Erhöhung der Lebenshaltungskosten für den Zeitraum 1991 bis 1997 mit 38,4 Prozent anzugeben (S. 210). Dieser Wert bezieht sich auf die Periode von 1992 bis 1997, da hier das Basisjahr 1991 mit 100 angesetzt ist. Dieser vermeintlich unbedeutende Lapsus hat enorme Auswirkungen auf die nachfolgenden Überlegungen, da der Anstieg des Preisniveaus in keinem Jahr so hoch ausgefallen ist wie 1991, als er gut 20 Prozent betrug. Sehr zu begrüßen sind demgegenüber die Ausführungen der Autorin zum Zusammenhang von Erwerbsarbeit und Haushaltseinkommen in Ostdeutschland (S. 213) sowie zu der hohen Transferabhängigkeit ostdeutscher Haushalte (S. 215 ff.).

Im vorletzten Abschnitt des Buches wird auf die Existenz regionaler Disparitäten als Handlungsbedingungen näher eingegangen. Dies sowohl in bezug auf die Mobilität Ostdeutscher (Hinrichs) als auch bezogen auf ostdeutsche Unternehmensgründungen in Sachsen (Ullmann). Angehängt ist ein Aufsatz von Michal Illner über regionale Differenzierungsprozesse im Zuge der Transformation in der Tschechischen Republik.

Zum Schluß kommt der Jubilar zu Wort: Horst Berger, ehemaliger Professor an der

Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften, zuletzt Forscher am WZB, hält Rückschau auf seine persönliche »Transformationsbiographie« (S. 311 ff.). Da diese, wie die Herausgeber versichern, »alles in allem erfreulich verlief«, was für einen DDR-Sozialwissenschaftler eher selten ist, findet das »alles in allem« durchaus kritische Buch auf diese Weise einen versöhnlichen Ausklang.

ULRICH BUSCH

Lüder Gerken und
Gerhard Schick (Hrsg.):
Grüne Ordnungsökonomik:
Eine Option moderner
Wirtschaftspolitik?
Metropolis-Verlag Marburg 2000,
408 S. (19,80 €)

Der Band dokumentiert eine gemeinsame Tagung der grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung und des Walter-Eucken-Instituts, die im Februar 2000 in Bleibach bei Freiburg im Breisgau der Frage nachging, ob und wie grüne Politik und Ordoliberalismus zusammen passen. Das Fazit der Herausgeber: »besser, als vielen Protagonisten auf beiden Seiten bewusst war« (S. 11). Die Übereinstimmungen wurden sowohl in der generellen wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption als auch in einzelnen Fachgebieten wie in der Wettbewerbs- und Strukturpolitik, den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der Steuer- und Finanzpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und den föderalen Finanzbeziehungen sichtbar.

Der Freiburger Nationalökonom Walter Eucken hat mit anderen in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts die »neoliberale« Ordnungsökonomik begründet, die zur wissenschaftlichen Grundlage für die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards wurde, und damit in gewisser Weise dem »Rheinischen Kapitalismus« den Weg bereitet. Eucken wandte sich damals sowohl gegen den »Liberalismus« im Sinne eines Laissez-faire-Kapitalismus, wie er dann in der zweiten Hälfte der 90er Jahre mit dem Thatcherismus und der Reagonomics im anglo-amerikanischen Raum eine Neuauflage erfuhr,

als auch gegen eine interventionistische Wirtschaftspolitik im Sinne von John Maynard Keynes, wie Gerken und Schick vom Walter-Eucken-Institut in ihrem Einführungsreferat herausarbeiteten. Eucken lehnte fortwährende Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf – Subventionen, Konjunktursteuerung, keynesianische Nachfragepolitik und andere Interventionen – ab, weil eine derartige Politik aufgrund der Interdependenz sämtlicher ökonomischer Prozesse zu unerwünschten Nebenwirkungen in anderen Bereichen der Wirtschaft führen würden.

Andererseits postulierte Eucken, der Staat dürfe die Wirtschaft auch nicht völlig sich selbst überlassen, wie das heutige Neoliberale fordern, denn die wirtschaftlichen Akteure würden grundsätzlich dazu neigen, den Wettbewerb auszuschalten, indem sie durch die Bildung von Kartellen, durch Fusionen und durch die Behinderung vorhandener oder potentieller Konkurrenten eine Monopolstellung anstreben. Monopolstrukturen in der Wirtschaft würden zu die Freiheit der Menschen bedrohenden privaten Machtkonzentrationen führen. Der Staat müsse einen funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft schaffen. Insofern unterscheidet sich der 1938 geprägte Begriff des Neoliberalismus deutlich vom heute gebräuchlichen.

Da verwundert es dann auch nicht mehr, daß das grüne »Trio Neoliberale« Oswald Metzger, Christine Scheel und Margareta Wolf nicht mit Beiträgen auf der Konferenz vertreten war, wohl aber der Politische Bundesgeschäftsführer der Grünen, Reinhard Bütikofer, der heutige Parteichef Fritz Kuhn, der schleswig-holsteinische Umweltminister Klaus Müller und sogar die zur Regierungslinken gezählte nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn. Höhn erklärte, sie finde bei Eucken interessante Hinweise für die heutige politische Diskussion, die nach Antworten für die soziale Frage ebenso suche wie für die ökologische Frage der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Höhn unterstrich: »Der demokratische Staat muss Rahmenbedingungen setzen, um die Freiheit des Marktes erst zu ermöglichen« (S. 67). Vor 50 Jahren habe es noch als selbstverständlich gegolten, daß eine ordoliberalen Politik die soziale und die natürliche Umwelt nicht aus dem Blick verlieren dürfe. Unter einem funk-

tionierenden Rechnungssystem sei verstanden worden, daß man neben den internen ebenso die externen Kosten berücksichtigen müsse, die zum Beispiel bei Umweltschäden entstünden. Die Politik müsse also heute neue Rahmenbedingungen setzen, »um der Marktwirtschaft eine ökologische Richtung zu geben« (S. 77).

Wie nicht anders zu erwarten, haben die grünen Politiker dafür in der Ökologischen Steuerreform das wichtigste Instrument gesehen. Im Sinne Euckens haben sie sich aber auch für einen Subventionsabbau ausgesprochen. Insbesondere unökologische Subventionen wie die für Stein- und Braunkohle oder für Atomenergie würden alte Strukturen zementieren und den »ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft« zentral behindern. »Die Atomkraft wäre in diesem Land längst kein Thema mehr, wenn die Subventionen abgebaut worden wären«, meinte Kuhn. »Der Ausstieg wäre so meines Erachtens allein aus ökonomischen Gründen zu bewerkstelligen« (S. 49/50). Kuhn stellte generell fest, daß die Grünen »marktwirtschaftlich und anti-etatistisch« geworden seien, »daß sie einen aktiven Staat wünschen, der klare Rahmenbedingungen setzt« (S. 55/56). Die Grünen seien auf dem Weg, den ordnungspolitischen Rahmen für ihre Politik zu definieren: »Hierbei kann der Ordoliberalismus wichtige Beiträge liefern, vor allem wenn man ihn nicht mit dem Neoliberalismus à la FDP verwechselt« (S. 55). Die praktische Politik der Bundestagsfraktion und vieler Landtagsfraktionen, aber auch vieler Grüner vor Ort weise in diese Richtung. Es werde notwendig sein, »dass sich diese neue ordnungspolitische Grundhaltung auch im neuen Grundsatzprogramm widerspiegelt« (S. 45). Und in der Tat waren sowohl der erste als auch der zweite Entwurf des grünen Grundsatzprogramms deutlich von dieser wirtschaftspolitischen Grundentscheidung geprägt. Obwohl die Delegierten des Berliner Parteitag im März 2002 die wirtschaftspolitische Bemerkung »so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig« aus dem Text kippten, weist auch das beschlossene Programm einen unverkennbar neoliberalen Touch auf – neoliberal im alten wie im neuen Sinne.

JOCHEN WEICHOLD

**Manuel Castells:
Die Macht der Identität.
Das Informationszeitalter II:
Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur,
Leske+Budrich Opladen 2002,
449 S. (34,90 €)**

Die Macht der Identität ist Manuel Castells zweiter Band seiner opulenten Trilogie *Das Informationszeitalter* (*The Network Society* 1996, *The Power of Identity* 1997, *End of Millennium* 1998), welcher hier erstmalig in deutscher Übersetzung vorliegt. Manuel Castells war in Fachkreisen schon lange als bemerkenswerter Denker bekannt, der sich auf dem Gebiet der Stadt- und Regionalplanung hervor getan hat. *Das Informationszeitalter* katapultiert ihn nun in die Liga der Wissenschaftler, deren Werke für diejenigen Pflichtlektüre sind, die sich ernsthaft mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen befassen.

Die in der Trilogie vorgetragenen Ideen und Analysen sind aus 25 Jahren Forschung in aller Welt erwachsen. Zur Darstellung seiner Ergebnisse benutzt Manuel Castells die Form eines theoretisch informierten Essays. Dieser Stil läßt sich durchaus mit dem von klassischen Soziologen wie Max Weber, Simmel und Marx vergleichen, auch sie verknüpften theoretische Argumente mit erstaunlich umfassend und detailreich gesammelten empirischen Beobachtungen.

Während der erste Band *Die Netzwerkgesellschaft* die Strukturmerkmale der neu entstehenden Gesellschaft nachzeichnet und den Leser mit dem Eindruck einer übertechnisierten Welt zurückläßt, wendet sich der Autor im zweiten Band den kulturellen Entwicklungen des Informationszeitalters zu. Sein Hauptaugenmerk liegt hierbei auf den Ausdrucksweisen kollektiver Identität, wie sie sich in sozialen Bewegungen zeigen. Schließlich regt er eine Diskussion über die Krise des Nationalstaates an, da diese als Folge von Globalisierung mit kulturellen Veränderungen eng zusammenhängt.

Castells beginnt seine Ausführungen mit der Definition sozialer Bewegungen als »zielgerichtete soziale Handlungen, deren Ergebnis in Sieg oder Niederlage die Werte und Institutionen der Gesellschaft transformiert« (S. 6). Diese Definition hat jedoch einen entscheidenden Nachteil:

Wenn ein Beobachter beurteilen möchte, ob eine soziale Bewegung vorliegt, muß er erstens eine Zielorientierung feststellen (diese ist jedoch meist nur durch die Selbstbeschreibung des Akteurs zu beurteilen) und zweitens muß er die Inklusion der sozialen Bewegung ergründen (das heißt, er muß warten, bis die soziale Handlung ein gesellschaftliches Resultat erzeugt). Weiterhin betont Castells, daß es aus *analytischer Perspektive* keine »guten« und »bösen«, keine progressiven und rückschrittlichen sozialen Bewegungen gibt (S. 77). Diese Annahme ermöglicht es ihm, so unterschiedliche Bewegungen wie den islamischen und den amerikanischen christlichen Fundamentalismus, die Kräfte hinter dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion, die katalanischen Separatisten, Mexikos Zapatisten, die amerikanische Miliz und die Patrioten-Bewegung, Japans Aum Shinrikyo, alle Formen von Umwelt- und feministischen Bewegungen argumentativ zusammenzubringen.

Denn alle sozialen Bewegungen, gleich ob sie gewalttätig, visionär, emanzipierend oder missionierend operieren, sind für Castells zentrale Quelle von Identitätsbildung. Er unterscheidet zwischen drei Formen und Ursprüngen des Identitätsaufbaus, welche in seinen Analysen sozialer Bewegungen immer wieder auftauchen: Die *legitimierende Identität* wird durch die herrschenden Institutionen einer Gesellschaft eingeführt, um ihre Herrschaft auszuweiten und zu rationalisieren. Diese Identität bringt eine Zivilgesellschaft hervor. Die *Widerstandsidentität* wird von Akteuren hervorgebracht, deren Position durch die herrschende Logik entwertet oder stigmatisiert wird. Der zweite Typus führt zu einer Herausbildung von Kommunen und Gemeinschaften. Die *Projektidentität* entwickeln Handelnde, wenn sie eine neue Identität aufbauen, um die Transformation der Gesellschaft zu erreichen. Diese Form der Identitätskonstruktion ist Alain Touraine entlehnt. Sie bezieht sich bei Castells insbesondere auf feministische Bewegungen (S. 10 ff.).

Manuel Castells schätzt die Widerstandsidentität als die wichtigste in unserer Gesellschaft ein. Im ersten Kapitel entwickelt er das Argument, daß Nationalismus und religiöser Fundamentalismus rekonstruierte Identitäten sind, welche als Reaktion auf die Zerstörung traditionaler Gesellschaften, das Scheitern des Nationalstaates und die Angst vor Kapitalismus und Globa-

lisierung konstruiert werden. Für Castells ist diese Art der sozialen Bewegung Folge von Segregation, Diskriminierung und Arbeitslosigkeit und insbesondere Jugendliche reagieren auf soziale Exklusion mit Radikalisierung. Diese Schlußfolgerung erscheint mir jedoch problematisch, da sie weitergehende Forschungen zur Theorie strategischer Gruppen übersieht, welche die Rekonstruktion traditionaler Identitäten als Folge von Interessen lokaler Eliten empirisch nachweisen können. Zu undifferenziert beschreibt Castells die »islamisch fundamentalistische Welt« als vermeintliche Einheit und es ist verwunderlich, daß von den unzähligen Universitäten in aller Welt, an denen er Gastprofessor war, keine zur islamischen Welt gehört.

In den nachfolgenden Kapiteln behandelt Castells gewalttätige Bewegungen, Umweltbewegungen und den Feminismus. Viele Analysen der faszinierenden Fallstudien sind allerdings schon bekannt. Interessant ist seine These, daß die neuen Kommunikationstechnologien eine fundamentale Existenzbedingung dieser sozialen Bewegungen sind, gleichzeitig wirken sie »auf den fortgesetzten Prozeß der Informationalisierung dadurch ein, daß sie die kulturellen Codes an den Wurzeln der neuen sozialen Institutionen verändern« (S. 117). Angesichts der Tatsache aber, daß sich auf dem afrikanischen Kontinent außerhalb von Südafrika statistisch 1 700 ländliche Einwohner einen Telefonanschluß teilen¹, sollte auch hier differenziert werden. Lobenswert ist sein Porträt der vielfältigen Umweltbewegungen und heterogenen Typen des Feminismus. Die grundlegende Aufgabe dieser Bewegung besteht darin, »durch Kämpfe und durch Diskurse die Identität der Frau dadurch zu de- und rekonstruieren, daß die Institutionen der Gesellschaft von ihren geschlechtsspezifischen Bestimmungen befreit werden« (S. 216).

In den Schlußkapiteln schlägt Castells eine Brücke zwischen sozialen Bewegungen und der fortschreitenden Delegitimierung des Nationalstaates sowie der Krise der Demokratie. Die instrumentelle Fähigkeit des Staates wird durch die Globalisierung der wirtschaftlichen Kernaktivitäten, die Globalisierung der Massenmedien und der Kriminalität untergraben (S. 260). Mit einer Fülle von Material sucht Castells diese These zu untermauern und zeichnet die Finanzkrisen in den USA, in Großbritannien, Deutschland, Japan, Spanien und Indien nach. Er pro-

gnostiziert das Ende des Wohlfahrtsstaates und das Zeitalter des Multilateralismus, zeigt die Zunahme von informationeller Politik und den Einfluß der Massenmedien auf Politik. Diese Entwicklungen und insbesondere der Souveränitätsverlust des Nationalstaates erschüttern die Glaubwürdigkeit der Politik und schwören die Krise der Demokratie herbei (S. 364). Nicht selten sind seine Thesen provokant, so zum Beispiel, wenn er den Staat in der Netzwerkgesellschaft im großen und ganzen als überwacht denn als Überwacher hinstellt (S. 318 ff.).

Doch Castells bleibt bei seiner pessimistischen Analyse nicht stehen und zeigt drei Tendenzen einer *informationellen Demokratie* auf: Erstens die Wiedererschaffung des lokalen Staates, zweitens die Stärkung der politischen Demokratie und der horizontalen Kommunikation unter Bürger/innen durch Kommunikationstechnologien und drittens die politische Mobilisierung durch humanitäre Anliegen.

JUSTINE SUCHANEK

1 C. Baars: Entwicklungschance oder der Weg in eine neue Abhängigkeit? In: Brüne, S. (Hrsg.): Neue Medien und Öffentlichkeiten, Hamburg 2000.

Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre,
Jochen Steinhilber,
Hans-Jürgen Urban (Hrsg.):
Flexibler Kapitalismus. Analyse,
Kritik und politische Praxis
VSA-Verlag Hamburg 2001,
398 S. (20,40 €)

Wenn sich in einem Jubiläumsband 44 Autoren mit 28 Beiträgen zu einer Fülle höchst unterschiedlicher Themen – von der Produktionsweise-Debatte über den »peripheren Kapitalismus« bis hin zu den transatlantischen Beziehungen und zum Internet – zu Wort melden, dann läßt dies von vornherein um den inneren Zusammenhalt des Bandes fürchten. Wenn das Œuvre dann noch mit dem einfallslosen und platten Titel »Flexibler Kapitalismus« ausgezeichnet wird, kann vorausseilendes allgemeines Desinteresse als gesichert gelten – dies jedoch zu Unrecht, wie die Lektüre rasch zutage fördert.

In einem ersten größeren Komplex von Beiträgen geht es um die »politische Ökonomie« der

aktuellen Entwicklungsvariante des Kapitalismus, die von den Herausgebern mit dem unsäglichen Allerweltsbegriff »flexibel« umschrieben wird, geradeso als ob Flexibilität seit den Tagen des *Kommunistischen Manifests* nicht als gesichertes Wesensmerkmal dieser Gesellschaftsform gelten könnte, und statt dessen auf solche Geistesgrößen wie Richard Sennet (1998) zurückgeführt werden und überhaupt aufwendig hergeleitet werden müßte (vgl. S. 29). Auch überrascht das doch recht weitgefaßte Verständnis von »politischer Ökonomie«, in die sowohl das (Be)Denken der Produktionsweise (Wolfgang Fritz Haug) und Überlegungen zur »Shareholder-Gesellschaft« (Joachim Bischoff/Richard Detje) als auch die »Rolle des Internets im Kapitalismus« (Rainer Rilling) und verschiedene regionale Varianten des »peripheren Kapitalismus« (Dieter Boris beziehungsweise Choon-Kweon Koo/Ho-Geun Lee) hineingehören sollen. Der zweite Komplex konzentriert sich auf die staats- und politiktheoretische Dimension der »transnationalen und europäischen Vergesellschaftung«. Auch hier findet sich ein breites Spektrum von unterschiedlichen Sichten und Ansätzen, aus denen es insbesondere der Text von Bernd Röttger zu »Aktualität und Aktualisierung materialistischer Staats- und Kapitalismustheorie« verdient, herausgehoben zu werden. Der dritte Teil befaßt sich mit der Rolle der Intellektuellen, mit besonderem Blick auf ihre Einbindung in neoliberale Politik- und Herrschaftsmuster (Dieter Plewe/Bernhard Walpen, Alex Demirovic und Wolfram Burkhardt). Im vierten Themenkomplex geht es schließlich um die Perspektiven linker und gewerkschaftlicher Politik. Gerade in diesem Teil treten dann doch noch in aller Deutlichkeit die Schwierigkeiten zutage, die verschiedenen Sichten und Herangehensweisen unter ein thematisches Dach zu zwingen. Strategische Fragen nach dem Subjekt für einen »radikalen Reformismus« (Joachim Hirsch), nach den »Perspektiven für ein soziales Europa« (Heinz Bierbaum/Horst Schmitthenner) oder nach einem Konzept für mehr Wirtschaftsdemokratie (Wolfgang Hecker) stehen relativ unvermittelt neben Texten, die sich mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im »Praxistest« (Sybille Stamm) oder mit den Besonderheiten der Interessenvertretung im IT-Sektor (Gudrun Trautwein-Kalms) befassen.